



# Rechtsschutzformular

ggf. eig. AZ:

## Allgemeine Angaben

Name: ..... Vorname: .....  
 geboren am: .....  
 Straße: ..... Hausnummer: .....  
 PLZ: ..... Wohnort: .....  
 Telefon (privat): ..... E-Mail (privat): .....  
 Telefon (mobil): ..... Telefon (dienstlich): .....  
 Dienstherr / Arbeitgeber (Name und Anschrift der Dienststelle): .....

Beschäftigte/r      Entgeltgruppe: .....      Tarifvertrag: .....  
 Beamter/Beamtin      Besoldungsgruppe: .....      Amts-/Dienstbezeichnung: .....  
 Vollzeit ( ..... Wochenstunden)       Teilzeit ( ..... von ..... Wochenstunden)  
 Rentner/in       Ruhestandsbeamter/in       Hinterbliebene/r  
 Bundesbedienstete/r       Landesbedienstete/r       Kommunalbedienstete/r

## Angaben zum Rechtsschutzformular

**Rechtsgebiet**       Arbeitsrecht       Strafrecht       Schadensersatz, Schmerzensgeld, o.ä.  
 Dienstrecht       Disziplinarrecht       Sozialrecht       Sonstiges

Was ist das **Rechtsschutzziel**? Welche Ansprüche sollen durchgesetzt werden?

.....  
 .....  
 .....

**Fristsache**       nein       ja      **Fristablauf** (falls bekannt): .....

Beschreibung des zu Grunde liegenden Sachverhalts (Was ist bisher passiert?) ggf. gesondertes Blatt verwenden:

.....  
 .....  
 .....  
 .....  
 .....

Die den Rechtsschutzfall betreffenden wesentlichen Unterlagen sind beizufügen (siehe Checkliste)



# Rechtsschutzformular

Von der rechtsschutzgewährenden Stelle auszufüllen

## Angaben zur Rechtsschutzgewährung

Mitglied bei: .....

Mitglied seit: .....

### Rechtsschutz

Beratungsrechtsschutz

Beratungs- und Verfahrensrechtsschutz

gewährt von einem **Landesbund oder** einer **Mitgliedsgewerkschaft** des dbb beamtenbund und tarifunion gem. §§ 2 und 3 der dbb Satzung

.....  
Datum, Stempel und Unterschrift der rechtsschutzgewährenden Stelle

Nur auszufüllen bei Rechtsschutzgewährung durch Landesbund

## Zusatzangaben der Mitgliedsgewerkschaft

Die obigen Angaben zur Mitgliedschaft werden bestätigt.

Inhalt der von der Mitgliedsgewerkschaft getroffenen Rechtsschutzentscheidung:

.....  
.....  
.....

Weitergeleitet an Landesbund mit folgender Stellungnahme:

.....  
.....  
.....

.....  
Datum, Stempel und Unterschrift



# Rechtsschutzformular

## - Datenschutzerklärung -

Vom Mitglied auszufüllen

### Pflichtangaben zum Rechtsschutzformular

Name: ..... Vorname: .....

Private Berufsrechtsschutzversicherung besteht:  ja  nein

Wir möchten Sie in Ihrem Rechtsschutzfall möglichst schnell informieren. Wir bieten daher an, den Schriftwechsel in Ihrer Rechtsschutzsache per E-Mail zu führen. Sie und Ihre zuständige Mitgliedsgewerkschaft beziehungsweise der Landesbund erhalten dann alle Schreiben und Unterlagen per E-Mail. Zum Schutz gegen unbefugtes Mitlesen setzen dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum, die Mitgliedsgewerkschaft und der Landesbund den TLS-Standard (Standard Transport Layer Security) als Transportverschlüsselung von E-Mails ein.

**Hiermit erteile ich meine Einwilligung, dass der dbb beamtenbund und tarifunion, das zuständige Dienstleistungszentrum und meine Mitgliedsgewerkschaft beziehungsweise der Landesbund den Schriftwechsel in meiner Rechtsschutzsache an mich und untereinander per E-Mail übersenden. Mir ist bekannt, dass ich meine Einwilligung jederzeit ganz oder teilweise widerrufen kann.**

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift Einzelmitglied

### Informationen zum Datenschutz

Der dbb beamtenbund und tarifunion erhebt und verarbeitet die von Ihnen übermittelten und andere in dem Verfahren mitgeteilten Daten, um Sie rechtlich zu beraten und Ihre rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit b) DSGVO. Die Daten werden vertraulich behandelt. An Dritte werden sie nur weitergegeben, wenn dies zur Erfüllung der Aufgabe, insbesondere zur Durchsetzung Ihrer Rechte, erforderlich ist oder wenn Sie zustimmen. Wenn die Daten für den Zweck nicht mehr erforderlich sind, werden sie gelöscht, sofern keine gesetzliche Aufbewahrungspflicht besteht. Ihnen steht ein Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten zu, sowie ggf. auf Berichtigung, Löschung oder Widerspruch gegen die Verarbeitung. Außerdem steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde zu. Weitere Informationen erhalten Sie unter: [www.dbb.de/datenschutz](http://www.dbb.de/datenschutz).



## Datenschutzinformationen und Einwilligungen

Für die Bearbeitung Ihres Rechtsschutzantrages und die damit verbundene und notwendige Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten benötigen wir Ihre Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a), lit. f) DSGVO i.V.m. Art. 7 Abs. 1 DSGVO.

### 1. Verantwortlich für die Datenverarbeitung

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der Bayerische Philologenverband e.V. (bpv)  
Arnulfstr. 297  
80639 München  
Tel. 089/746163-0, Fax 089/7211073  
E-Mail: [bpv@bpv.de](mailto:bpv@bpv.de)  
Internet: [www.bpv.de](http://www.bpv.de)

### 2. Datenschutzbeauftragte

Sarah Jockers  
Arnulfstr. 297, 80639 München  
Tel. 089/746163-0, Fax. 089/7211073  
E-Mail: [jockers@bpv.de](mailto:jockers@bpv.de)

### 3. Datenkategorien, die der bpv als rechtsschutzgewährende Stelle nutzt

Zu den verarbeiteten Kategorien personenbezogener Daten gehören insbesondere die nur durch Sie aufgrund der Übersendung Ihres Rechtsschutzantrages oder im Rahmen der Beratung durch das Rechtsschutzreferat mitgeteilten Daten (Name, Vorname, Namenszusätze, Mitgliedsnummer, Gewerkschaftszugehörigkeit sowie deren Beginn) Kontaktdaten (Anschrift, (Mobil-) Telefonnummer, E-Mail-Adresse (dienstlich/privat), Faxnummer, Arbeitgeber/Dienstherr. Gleiches gilt für Ihre Amts- bzw. Berufsbezeichnung sowie alle weiteren Daten und Unterlagen, die dem bpv mit Ihrem Rechtsschutzgesuch übermittelt wurden.

### 4. Rechtsgrundlage und Zweck der Verarbeitung

Die Datenverarbeitung dient dem bpv ausschließlich zur Durchführung Ihres Rechtsschutzvorganges, um seine Aufgabe als rechtsschutzgewährende Stelle erfüllen zu können. Die vorrangige Rechtsgrundlage ist hierfür Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO sowie die Rechtsschutzordnung des bpv in der jeweils gültigen Fassung. Ihre gesonderte Einwilligung gem. Art. 7 Abs. 1 DSGVO wird hier als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen.

### 5. Datenübermittlung

Innerhalb des bpv erhalten nur die Mitarbeiter und die/der ehrenamtliche Rechtsschutzreferent/in Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur rechtlichen Beratung Ihrer Rechtschutzangelegenheit benötigen. Für die Abwicklung und Durchführung Ihrer Rechtsschutzangelegenheit bedient sich der bpv der Dienstleistungszentren (DLZ) des dbb. Das zuständige DLZ erhält hierfür die von Ihnen bereitgestellten Daten übermittelt. Im Rahmen der Rechtsschutzgewährung erfolgt ein Austausch

über Ihre Rechtsangelegenheit zwischen dem DLZ und dem bpv. Die DLZ sind hinsichtlich der Datenverarbeitung rechtlich selbstständig. Eine Übermittlung Ihrer Daten in ein Drittland ist nicht vorgesehen.

### 6. Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns für die in Nr. 4 genannten Zwecke verarbeitet, ab dem Zeitpunkt, an dem Sie sich an das Rechtsschutzreferat wenden.

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, wenn die Beratung oder Rechtsschutzgewährung beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen, wie z.B. die Aufbewahrungspflichten aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Demnach werden Ihre personenbezogenen Daten in der Regel 10 Jahre nach Beendigung der Rechtsschutzangelegenheit gelöscht. Es kann zudem vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit gespeichert werden, in der Ansprüche gegen den bpv, bzw. in denen der bpv Ansprüche gegen Dritte geltend machen können (gesetzl. Verjährungsfristen von drei bis dreißig Jahren).

### 7. Ihre Rechte nach der DSGVO

Wenn Sie dem bpv bezüglich bestimmter Arten von Verarbeitungstätigkeiten Ihre Einwilligung gegeben haben, können Sie diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft jederzeit widerrufen. Dieser Widerruf beeinträchtigt jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung vor dem Widerruf Ihrer Einwilligung oder soweit die Verarbeitung über eine andere Rechtsgrundlage gerechtfertigt werden kann.

Nach den Regeln von Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, Auskunft über Ihre vom bpv gespeicherten Daten zu erhalten. Auf Ihren Antrag hin, wird der bpv die über Sie gespeicherten Daten nach Art. 16 DSGVO berichtigen, wenn diese unzutreffend oder fehlerhaft sind.

Nach den Grundsätzen von Art. 17 DSGVO wird der bpv auf Ihren Wunsch Ihre Daten löschen, sofern andere gesetzliche Regelungen (z.B. gesetzliche Aufbewahrungspflichten) oder die Einschränkung nach § 35 BDSG nicht entgegenstehen.

Unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO, können Sie verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten einzuschränken.

Gemäß Art. 20 DSGVO haben Sie das Recht, Ihre Daten in einem strukturierten, gängigen, maschinenlesbaren Format zu erhalten oder sie einem Dritten zu übermitteln.

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 6 I f DSGVO erfolgt, gem. Art. 21 DSGVO schriftlich Widerspruch einzulegen. Sofern Sie Widerspruch einlegen, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet, es sei denn, der bpv kann zwingende schutzwürdige Gründe





für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Recht und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient dem bpv der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Sie haben auch ein Beschwerderecht bei jeder zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (nach Art. 77 DSGVO).

Der Widerspruch ist zu richten an:  
Bayerischer Philologenverband  
Arnulfstr. 297, 80639 München  
E-Mail: [bpv@bpv.de](mailto:bpv@bpv.de)

### Einwilligung zum Datenschutz

Hiermit willige ich unter den vorgenannten Voraussetzungen in die Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten ein.

---

Ort/Datum/Unterschrift

### Anerkennung der Rechtsschutzordnung

Die/der Unterzeichnende erklärt hiermit, die Rechtsschutzordnung des bpv nach Kenntnisnahme als verbindlich anzuerkennen

---

Ort/Datum/Unterschrift

